

<http://www.elwatan.com/Des-harraga-sont-detenus-en>

Elwatan (algerische Tageszeitung), 05.03.2009

Kamel Belabed, Sprecher des Kollektivs der Familien von auf See verschwundener Harragas:

„Die Harragas werden in Tunesien festgehalten“

Kamel Belabed ist Sprecher des Kollektivs der Familien von auf See verschwundener Harragas in der Provinz Annaba. In dem folgenden Gespräch erörtert er den zurückhaltenden Umgang der staatlichen Autoritäten mit diesem heißen Thema, prangert die ungerechte Kriminalisierung der klandestinen Auswanderung an und warnt vor jeglicher Form eines sich Überbietens der Politiker in Wahlversprechen auf dem Rücken der Harragas (*Harraga ist die maghrebinisch-arabische Bezeichnung für jemanden, der "illegal" nach Europa auswandert, Anm.d.Übers).*

Interview: Mustapha Benfodil

Seit nunmehr zehn Jahren starten Sie immer wieder Aktionen, um die staatlichen Stellen dazu zu bringen, sich ernsthaft der „Harraga-Frage“ anzunehmen. Welche konkreten Resultate dieser Aktionen sehen Sie?

Nach zehn Jahren ist es positiv, dass wir erfolgreich die Problematik der Harragas in der richtigen Weise auf die Tagesordnung gesetzt haben, vor allem Dank unserer Freunde von der Presse. Davor hat man von den Harragas ganz falsch gesprochen und das Problem nicht klar erkannt. Allerdings verfügen wir heute über Informationen, die man damals nicht hatte. Was die Fortführung unserer Aktionen angeht, so kümmern wir uns momentan vor allem um die Menschen, die auf See verschwunden sind. Da liegt das ganze Problem. Wir haben es bestimmten Stellen des Staates, insbesondere dem Außenministerium, vorgelegt. Zwei- oder dreimal wurden wir von einem Abteilungsleiter des Außenministeriums empfangen. Wir haben ihm eine vorläufige Namensliste übergeben, denn wir sind nicht in der Lage, eine richtige Erhebung durchzuführen. Diese Listen haben dennoch den Vorteil, dass sie klarmachen, welchen Umfang das Phänomen hat. Vor zwei Jahren gab es einige Dutzend Harragas. 2007 waren es ein paar Hundert, und heute haben wir Grund zur Annahme, dass es Tausende sind.

Die Frage nach den Zahlen bleibt ansonsten mangels einer offiziellen Zählung der Harragas problematisch. Denken Sie, dass die jüngste RGPH (Erhebung der Einwohnerzahl und Wohnverhältnisse, Anm.d.Übers.) nicht auch die „Harraga-Population“ hätte einschließen können?

Da liegt das ganze Problem. Wir haben immer gefordert, der Staat soll mit uns zusammen eine Zählung durchführen. Das war vor der letzten RGPH (Recensement général de la population et de l'habitat, Anm.d.Red). In dem Erhebungsformular hätte man eine Frage nach den Harragas hinzufügen und so die exakte Zahl der Personen erhalten können, die auf dem Meer verschwun-

den oder auf die andere Seite gelangt sind. Man hätte verlässliche Indikatoren haben können. Diese Gelegenheit hat man verpasst. Immerhin ist eine solche Erhebung notwendig.

Neben Ihrem Gang zum Außenministerium und zu anderen Regierungsstellen haben Sie auch gefordert, dass die Frage der Harraga Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung wird. Hat die Nationalversammlung auf Ihr Ersuchen geantwortet?

Diese Sache ist fast so traurig wie das Verschwinden unserer eigenen Kinder. Sämtliche Abgeordnete und Senatoren, der Präsident der Nationalversammlung und der Präsident des Senats sind persönlich und schriftlich kontaktiert worden, um sie bezüglich dieses Dramas zu sensibilisieren. Nicht eine einzige Antwort haben wir bekommen. Allerdings muss ich anerkennen, dass wir von einigen Abgeordneten der Region Annaba, insbesondere von M. Bouchareb und von Senator M. Brahmi, Unterstützung bekommen haben. Sie sind immer an unserer Seite gewesen, aber das reicht nicht aus. Wir verlangen, dass wir in einer Nationalversammlung empfangen werden, die die unsere ist, von gewählten Abgeordneten, die die unseren sind, um zusammen und in Ruhe das Problem zu diagnostizieren und zu diskutieren. Stattdessen zieht man weiterhin in einer Oberflächlichkeit über die Harraga her, die einen aus der Fassung bringt.

Die gesamte Politik, angefangen bei Präsident Bouteflika und seinen Ministern bis zu den aufeinanderfolgenden Regierungschefs - alle reden heutzutage von den Harragas. In der Realität aber wählen die jungen Leute immer noch in Massen das Meer. Gibt es in diesem Punkt vielleicht eine Kluft zwischen der Politik und den Algeriern?

Sicher, sie reden davon. Doch was ist konkret getan worden? Der Staatspräsident hat das Problem angesprochen. Er hat diese Regierungs-Präfekten-Konferenz initiiert. Darüber waren wir froh, auch wenn wir an der Vorbereitung der Konferenz nicht beteiligt wurden. Was jedoch konkrete Resultate betrifft, so hat sich danach gar nichts ergeben. Nach der Konferenz gab es Parlamentswahlen. Alle Abgeordneten, alle Parteien haben daraus ihr Leitmotiv gemacht. Etwas Konkretes aber haben wir nicht mehr gesehen.

Momentan befinden wir uns in einer Vorwahlzeit, und das Thema der Harragas wird mit Sicherheit im Wahlkampf eine Rolle spielen. Haben Sie vor, die Kandidaten zu treffen, um ihnen Ihre Beschwerden vorzulegen?

Was wir absolut nicht tun wollen ist, dieses sich Überbieten in Wahlversprechen zu unterstützen. Wir meinen, wer Verantwortung zeigen will in seinem Amt als Abgeordneter, Minister oder Staatspräsident, der hat die Pflicht zu schauen, was um ihn herum passiert. Das Problem ist ja bekannt. Die Frage ist nun, sind diese Leute in ausreichendem Maße in der Lage, es zu managen?

In früheren Interviews haben Sie Vermutungen geäußert, dass möglicherweise algerische Harragas in maghrebinischen Gefängnissen festgehalten werden, vor allem in Tunesien. Haben Sie darüber verlässliche Informationen erhalten können?

Das haben wir in der Tat. Zuvor hatten wir Vermutungen, heute aber haben wir Gewissheit.

Trotzdem, der Staat ist viel eher als wir in der Lage, Untersuchungen zu diesem Thema anzustellen. Als wir eine parlamentarische Untersuchung forderten, taten wir dies, um unsere Abgeordneten gerade dazu zu bewegen, bei unseren Nachbarn zu intervenieren, um sich informieren zu können. Unglücklicherweise wurde diese Untersuchung nie angestellt.

Die staatlichen Stellen Tunesiens wollen nicht kooperieren...

Ich weiß nicht. Vielleicht sind es bürokratische Hindernisse. Währenddessen fahren die Familien jeden Tag nach Tunesien, um Informationen über ihre Kinder herauszubekommen. Das Stichwort Tunesien ist eine gute Gelegenheit, den Fall der 68 Harragas anzuführen, die vor zwei Monaten aufgebrochen waren. Wir wissen, dass sie in Tunesien sind, aber von dort dringen keine Informationen durch. Wir haben den eindeutigen Beweis, dass sie inhaftiert sind, doch offiziell will man davon nichts hören. Ich sage es noch einmal: Das Problem ist, dass man uns nicht einbinden will. Als man eine Erhebung gefordert hat, lag dies im allgemeinen Interesse. Wir haben gefordert, von den Eltern DNA-Proben zu nehmen, denn wir kennen das Problem der Einäscherung, das sich auf der anderen Seite (des Mittelmeeres, Anm.d.Übers.) stellt. Ohne Erhebung kann man nicht in Erfahrung bringen, wieviele algerische Staatsangehörige im Ausland begraben liegen. Wir haben das Recht, die Wahrheit über das Schicksal unserer Kinder zu erfahren.

Man hört regelmäßig von Harraga-Leichen, deren Einäscherung in spanischen, italienischen oder anderen Leichenhallen kurz bevorsteht. Haben Sie sich mit diesem Thema beschäftigt?

Wir haben zufällig Kenntnis erhalten von einem Schreiben der spanischen Regierung an das Außenministerium. Darin war von den sterblichen Überresten von 170 oder 171 Harraga die Rede, die sich in Spanien befänden. Das Schreiben forderte die algerischen staatlichen Stellen auf, die Rückführung dieser Leichen ins Auge zu fassen. Diese Sache geschah im April 2008, und wie ich weiß, wurde auf dieses Schreiben überhaupt nicht eingegangen. Die Reaktion der algerischen Autoritäten war: "Was beweist uns, dass sich keine Marokkaner oder Sahraouis (Einwohner der Westsahara, Anm.d.Übers.) unter diesen Leichen befinden?" Dabei weiß doch jeder, dass diese sterblichen Überreste nicht ewig in einer Leichenhalle aufbewahrt werden können. Man hat bereits die Gelegenheit versäumt, 170 Leichen den Müttern zu übergeben, die so hätten angemessen trauern können. Dann ist da noch der Fall des Imam (islamischer Geistlicher, der eine Gemeinde betreut, Anm.d.Übers.) von Alicante, der von 600 Harraga-Leichen sprach, die an dem Punkt sind, eingeäschert zu werden. Auch hier wurde wieder nichts unternommen. Dabei ist die Lösung simpel: Wir sind die Betroffenen, wir sind die Kranken, und wir sind es, die die Diagnose stellen müssen. Daher sind die DNA-Proben notwendig.

Was sagen Sie zur Kriminalisierung der "Harragas"?

Das Gesetz ist in seiner Gesamtheit widersinnig. Es ist überholt insofern, als dass es unvereinbar ist mit den internationalen Konventionen, die Algerien ratifiziert hat und in denen von freiem Personenverkehr die Rede ist. Auch zu anderen Gesetzen steht es in Widerspruch. Wenn man nun den Passeur (maghrebinisch-französisch für einen Vermittler bzw. Mitarbeiter eines "Schleuser"-

Netzwerks, Anm.d.Übers.) kriminalisiert, ja, das ist überhaupt kein Problem. Ich frage mich allerdings, warum schaffen wir nicht die nötigen Bedingungen, die es den Menschen erlauben, in Würde zu migrieren? Verzeihen Sie den Ausdruck, aber dieses Gesetz zur Kriminalisierung der Harragas ist eine "Eselei". Bestimmte Abgeordnete haben es sogar als "Klandestinen-Gesetz" bezeichnet, und da liegen sie nicht falsch. Es wurde unter blamablen Umständen ausgebrütet. Es tangiert uns nicht.

Herr Belabed, wann wird es eine landesweite Organisation zur "Harraga-Thematik" geben?

Man könnte eine Nicht-Regierungsorganisation gründen, aber das ist nicht unser Interesse. Wir meinen, es ist Sache des Staates, den Weg zur Regulierung dieses Problems zu finden. Man braucht keine NGO. Wir haben in Algerien schon drei Menschenrechtsorganisationen. In diesen Rahmen können die Dinge integriert werden. Wozu eine Harraga-Vereinigung gründen?

Übersetzung aus dem Französischem durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg